

HAMBURGER OSTERMARSCH

Kriege beenden!

**Spart endlich an
der Rüstung!**

**Für eine
Friedensstadt Hamburg**

Ostermontag, 9. April 2007

12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona

11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche

14 Uhr: Friedensfest auf dem Großneumarkt

Livemusik: Rotdorn • Keeper Bumbled

Rezitation • Reden • Essen und Trinken • Infostände

Es sprechen u.a.: Norman Paech, MdB • Wolfgang Rose, ver.di Hamburg

Aufruf zum Hamburger Ostermarsch 2007

Kriege beenden! Spart endlich an der Rüstung! Für eine Friedensstadt Hamburg!

Kriege beenden

Der Ostermarsch ist notwendig wie eh und je. Der von den USA angeführte *Krieg gegen den Terror* im Irak und in Afghanistan eskaliert weiter. Dabei geht es nicht um Demokratisierung sondern um weltweite Dominanz über rohstoffreiche und geostrategisch bedeutsame Regionen. Eine militärische Auseinandersetzung um das Atomprogramm des Iran droht. Die Bundesregierung treibt Deutschland immer weiter in diese Konflikte hinein.

- Ende der Besatzung im Irak! Keine deutsche Unterstützung der Besatzung!
- Faire Verhandlungen mit dem Iran, ohne Sanktions- und Kriegsdrohungen!
- Eine politische Lösung des Nahost-Konflikts!

Bundeswehr abrüsten

Die Bundeswehr wird zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee aufgerüstet und immer häufiger in internationalen Konflikten eingesetzt. Steigende Rüstungsausgaben sind die Folge. Völkerrecht und Grundgesetz verbieten Angriffskriege und ihre Vorbereitung.

- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!
- Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr zu weltweiter Angriffsfähigkeit!
- Abrüstung der Bundeswehr, bis zu ihrer vollständigen Abschaffung, damit endlich Mittel frei werden für Arbeit, Bildung, Kultur, Soziales, Friedensforschung und zivile Konfliktlösungen!
- Spart endlich an der Rüstung!

Für ein friedliches Europa

Die Bundesregierung will die EU-Präsidenschaft nutzen, die abgelehnte EU-Verfassung doch noch durchzusetzen. Damit würden die Steigerung der Rüstungsausgaben und der Aufbau von EU-Kampftroepen für weltweite Interventionen –

auch ohne UN-Mandat – Verfassungsrang erhalten.

- Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa – Nein zu diesem Verfassungsentwurf!

Kein Abbau demokratischer Rechte

Mit dem Hinweis auf den "Kampf gegen den Terror" wurden die demokratischen Rechte immer weiter eingeschränkt, zunehmend Überwachungsmaßnahmen eingeführt, und die Möglichkeiten zum Einsatz der Bundeswehr im Innern sollen ausgeweitet werden.

- Für Frieden und Demokratie, keine Bundeswehreinsätze im Innern!



Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen

Immer noch bedrohen 27.000 Atomsprenkköpfe weltweit die Menschheit. Vor allem die Drohpoltik der USA führt zu neuer atomarer Aufrüstung. Die Bundeswehr nimmt Teil an der völkerrechtswidrigen Atomwaffenpolitik der NATO, Bundeswehrpiloten üben den Einsatz von US-Atombomben.

- Vollständige atomare Abrüstung!
- Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten!
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland – Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

Für eine gerechte Weltordnung

850 Millionen Menschen leiden an Unterernährung, darunter 400 Millionen Kinder, von denen alle drei Sekunden eines stirbt. Die ungerechte, von den reichen Ländern erzwungene neoliberale Weltwirtschaftsordnung zementiert die Armut. Die Militärausgaben betragen weltweit 1.118 Milliarden Dollar, das Zehnfache der Entwicklungshilfe. Kriege verursachen Armut. Armut und Krieg sind Ursachen von Flucht und Migration. Dagegen schotten sich die reichen Länder brutal ab. Migranten und Flüchtlinge werden diffamiert, Muslime immer wieder unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt.

- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl. Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
- Stopp der Abschiebung in Kriegsregionen wie Afghanistan!
- Entwicklungshilfe statt Aufrüstung und Waffenexport!

Wir unterstützen die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung zum Gipfeltreffen der G8.

Für eine Friedensstadt Hamburg

Mit der ThyssenKrupp-Kriegsschiffswerft Blohm & Voss, der Panzerschmiede von Krauss-Maffei Wegmann, der Entwicklung des Militärtransporters A 400 M bei EADS sowie der Führungsakademie und der Universität der Bundeswehr ist Hamburg bedeutender Militär- und Rüstungsstandort. Der Hafen ist wichtiger Umschlagplatz für Rüstungsexporte – häufig abgesichert durch die Hermes Kreditversicherung in Hamburg. Der Senat betreibt eine Militarisierung des öffentlichen Lebens – durch Patenschaft für die Fregatte Hamburg, Einladung von Kriegsschiffen zum Hafengeburtstag und Subventionierung des Marinemuseums des Herrn Tamm.

- Keine Militarisierung unserer Stadt, für eine Friedensstadt Hamburg!

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Akademiker Initiative e.V. · Angela Altmann, Geigenlehrerin · AG Menschenrechte, attac Hamburg · Hans Heinrich Beerbaum · Prof. Dr. Hans-Jürgen Benedict · Horst Bethge, Landessprecher Linkspartei.PDS · Walter Bräker, FI Naturfreunde · Jürgen Brinkop · Diakonische Basisgemeinschaft Brot und Rosen · Klaus Bullan, Vorsitzender GEW Hamburg · Bündnis gegen imperialistische Aggression · Esdert Denert, Dipl. Sozw. · Deutsche Kommunistische Partei Hamburg · Deutsch-Palästinensischer Frauenverein Hamburg · DFG-IdK · DFG-VK Hamburg · DIDF Hamburg · Fachschaftsrat Theologie, Uni Hamburg · Fanclub Rotdorn · FI Bergedorf · FI Bramfeld · FI Sasel · Flüchtlingsrat Hamburg e.V. · Folkgruppe Rotdorn · Frauen in Schwarz · Freidenkerverband LV Nord · Freie Humanisten Hamburg e.V. · Doris Gerke, Autorin · GEW Landesverband Hamburg · Gewerkschaftlicher Arbeitskreis Frieden · Holger Griebner · Gerda und Rudi Griebner · Ur-Sula Hagedorn · Hamburger NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Natur“ · Olaf Harms, Betriebsratsvorsitzender, ver.di · Lühr Henken · Hans-Heinrich Hinrichsen, stellvertr. Vors. NaturFreunde Hamburg · Helgrid Hinze · Helene Hohmeier, FI Naturfreunde · Humanistische Union LV HH · Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg · IPPNW Regionalgruppe Hamburg · Günther Kahl, Architekt · Erika Kaptein, Rentnerin · Carola Kieras · Renate und Dr. Wolfgang Kirstein · Karin Kleinholz · Eva Kowalski-Stasiak · Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann · Linkspartei.PDS, Hamburg · Dr. Manfred Lotze · Peter May, Schauspieler · Holger Meyer · Erika Meyer · Naturfreunde Hamburg · Prof. Dr. Norman Paech, MdB, außenpolit. Sprecher Fraktion DIE LINKE · Peggy Parnass, Publizistin · Hein Pfohlmann, Förderverein Thälmann-Gedenkstätte · Erhard Pumm, Vorsitzender DGB Hamburg · Maria Rave · Regenbogen · Monika Rieger, Lektorin · Wolfgang Rose, Landesbereichsleiter ver.di Hamburg · RSB-Hamburg · Peter Schenzer, Sozialarbeiter · Elsa Schmidt · SDAJ Hamburg · Dr. Anna Staufenberg-Wandschneider, Ärztin · Bernhard Stietz-Leipnitz, Betriebsrat, ver.di Landesvorstand · Heike Sudmann, Vertrauensfrau · Rainer Tichy, Kulturmanager · Ver.di Vorstand AG Migration · VVN / BdA Hamburg · Sönke Wandschneider, Theologe · Landesvorstand WASG Hamburg · Willi Bredel Gesellschaft · Kourosh Yekta · Gerda Zorn, Autorin · Gottfried Zweynert

Fakten und Positionen zur Friedenspolitik

Keinen Krieg gegen den Iran!

Im Zuge des Aufstands gegen die Diktatur des Schahs von 1979 etablierte sich im Iran das reaktionäre Mullah-Regime. Unter Berufung auf den Islam und unter Missachtung der Menschenrechte wurden Gewerkschaften und demokratische Parteien verboten und jegliche Opposition brutal verfolgt. Während die Bevölkerung zunehmend verarmt, eignen sich die Mullahs die Reichtümer des Landes an. Unterstützt von den EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) werfen die USA dem Iran vor, nach Atomwaffen zu streben, obwohl es dafür keine Beweise gibt. Entgegen dem Atomwaffensperrvertrag verlangen sie, dass der Iran auch sein ziviles Atomprogramm einschränkt, und treiben ihn in die Isolation. Diese Politik stärkt nur das Mullah-Regime, weil es sich als Verteidiger nationaler Interessen aufführen kann, und beschwört die Gefahr herauf, dass es sich der Kontrolle seiner Atomanlagen entzieht. Die Weiterverbreitung von Atomwaffen kann nur durch Stärkung des Atomwaffensperrvertrags verhindert werden. Das erfordert konkrete Abrüstungsschritte der Atommächte und Ausbau der Kontrollmöglichkeiten, Anerkennung der Sicherheitsinteressen aller, auch des Iran, und Schaffung atomwaffenfreier Zonen, insbesondere im Nahen Osten. Die Bundesregierung muss den Eskalationsdrohungen aus den USA ent-

gegentreten und klarstellen, dass sie einen Krieg gegen den Iran auf keine Weise unterstützt.

Verdammte Demokratie

Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab, insbesondere die beschlossene Entsendung von sechs Tornados und 500 Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan oder beurteilt sie äußerst skeptisch. Diese Meinung hätte eigentlich bei den vom Volk gewählten Abgeordneten zumindest zum Nachdenken, wenn nicht zur Aufgabe dieser Kriegsplanung, führen müssen. Aber mitnichten: Eine Mehrheit hat das Mandat durchgewinkt. Demokratie ist wohl ein überflüssiges Konstrukt – zumindest für Herrn Teltchik, Veranstalter der Münchener „Sicherheitskonferenz“, die ehrlicher Weise Kriegskonferenz heißen sollte. Er hält es für „die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht



passieren“. Klartext: Wer Angriffskriege führt, kann Demokratie nicht gebrauchen. Fazit: Wer Frieden will, muss auch für Demokratie eintreten.

Spart endlich an der Rüstung!

Das neue Weißbuch der Bundeswehr soll die Weichen stellen für eine weltweite Interventionsfähigkeit der Bundeswehr – auch im Interesse des Zugriffs auf Rohstoffe und Energie. Dafür stellt die Bundeswehr in den schnellen Eingreiftruppen der EU und der NATO jeweils die größten nationalen Kontingente. Umfangreiche Waffen- und Ausrüstungsprogramme führen zu einem Ausgabenanstieg für „Militärische Beschaffungen“ von 4,27 (2007) auf 6,06 Milliarden Euro bis 2010 (+ 42 %). Der Anstieg des gesamten Verteidigungshaushalts um 1,1 Milliarden Euro von 2007 bis 2010 reicht der Kanzlerin nicht. Sie kündigte an, dass der Anteil der Militärausgaben am deutschen Bruttosozialprodukt noch weiter steigen soll. Schon heute sind 8.000 Bundeswehrsoldaten in neun Auslandseinsätzen. Das kostet jährlich eine Milliarde Euro. Wir sammeln Unterschriften unter den bundesweiten Appell an den Bundestag „Spart endlich an der Rüstung“, der anlässlich der Haushaltsberatungen im Herbst überreicht werden soll. Unterschriftenlisten gibt es auch unter www.hamburgerforum.org und an den Ständen auf dem Friedensfest.

Spart endlich an der Rüstung

Die Bundesregierung plant die Erhöhung des Rüstungshaushalts von 27,8 Milliarden (2006) auf 29,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2010. Das Jahr 2006 ist das Jahr mit den meisten Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die jährlich etwa eine Milliarde verschlingen. Kanzlerin Merkel kündigt an, wegen der Auslandseinsätze die Rüstungsausgaben noch weiter erhöhen zu wollen. Mittel für soziale Aufgaben werden gestrichen.

- Wir brauchen keine Eurofighter, Marschflugkörper, Schützenpanzer, Korvetten, unbemannte Flugkörper, Spionagesatelliten, Streubomben. Wir brauchen keine weltweiten Militäreinsätze.
- Wir brauchen Abrüstung statt Sozialabbau. Vorrangig brauchen wir öffentlich geförderte Arbeitsplätze, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung und Altenpflege.
- Wir brauchen eine vorausschauende Friedenspolitik, die weltweit auf Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist.
- Wir verlangen von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Spart endlich an der Rüstung.

Vorname Name	Straße – PLZ – Wohnort	Unterschrift

Diese Unterschriftenaktion des Friedensratschlags wird unterstützt vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. Unterschriftenlisten bitte bis zum 15. September 2007 senden an:
Hamburger Forum – c/o R. Kirstein, Vielohweg 124b, 22455 Hamburg, Fax: 551 38 91

Kriegsschiffe aus Hamburg ... kein Ende in Sicht?

Der europäische Werftenverbund Thyssen Krupp Marine Systems AG (TKMS) mit seinem Zentrum Blohm + Voss steht für 65 Prozent des Weltexports an Korvetten und Fregatten und für 90 Prozent des weltweiten U-Boot-Exports. TKMS hat die Federführung im Überwasserkampfschiffbau und im U-Boot-Bau für die deutsche Marine. Die U-Boote des Typs 212, auf der TKMS-Werft HDW in Kiel hergestellt, sind die kampfstärksten nichtatomar angetriebenen U-Boote überhaupt. Bis zum Sommer erwartet TKMS die Entscheidung des Bundestags für vier

weitere Fregatten. Die neue Klasse F 125 soll eine Haubitze und Raketenwerfer an Bord haben, um Landziele zu beschießen. Blohm+Voss hat auch die Federführung beim Bau von fünf neuartigen Korvetten für die deutsche Marine. Mit ihren über 200 km weit schießenden Marschflugkörpern geraten sämtliche Hauptstädte der afrikanischen Küstenländer, aber beispielsweise auch Damaskus und Pjöngjang in ihre Reichweite. Das Hamburger Forum wird die Taufe der vierten dieser Korvetten am 10. Mai zum Anlass nehmen, gegen dieses aggressive Konzept, das mit Landesverteidigung nichts zu tun hat, zu protestieren.

„Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist die deutsche Wirtschaft mehr als zuvor auf den freien Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt angewiesen. Die Bundeswehr kann als Teil der staatlichen Sicherheitsvorsorge im Rahmen internationaler Einsätze zur Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge beitragen.“

Beschluss des 20. Parteitag der CDU Deutschlands, Dresden
28./29.11.2006



Bildnachweis: Christiane Schneider, Menschenkette um die Binnenminister, 19.2.2007

Hamburger Appell: Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

Als bisher einziges Bundesland will der Hamburger Senat Familien nach Afghanistan abschieben. In ein Land, in dem der Krieg sich ausweitet, tausende Zivilisten allein in diesem Jahr getötet wurden, die Abgeschobenen keine Wohnung finden, keine Arbeit, keine medizinische Versorgung erhalten, junge Menschen in vielen Landesteilen keine Aussicht auf Schulunterricht und Ausbildung haben und die Rechte von Frauen oft und an vielen Orten mit Füßen getreten werden:

Abschiebungen von Familien nach Afghanistan bedeuten zur Zeit Abschiebung in ein Leben ohne Zukunft, für viele sogar in den Tod!

Das Vorgehen des Senats ist empörend. Hamburg, das sich seiner Weltoffenheit rühmt, muss bedrohten Menschen Schutz bieten. Wir wissen uns mit der großen Mehrheit der Hamburger Bevölkerung einig in der Forderung: Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!

ErstunterzeichnerInnen: **Prof. Dr. Norman Paech**, MdB DIE LINKE, **Niels Annen**, MdB SPD, **Anja Hajduk**, MdB Bündnis 90/Die Grünen, **Krista Sager**, MdB Bündnis 90/Die Grünen, **Wolfgang Rose**, Landesbezirksleiter ver.di Hamburg, **Fanny Dethloff**, Pastorin, Vorsitzende der BAG Asyl in der Kirche.

Aktuelle Informationen: www.GEW-Hamburg.de/Ausschuss_Bleiberecht.html,
www.netzwerk-afghanistan.info/home

+++ www.Hamburger-Forum.org +++ www.Hamburger-Forum.org +++